

## INHALT

1. Norddeutsche CDU-Fraktionschefs stellen Forderungen an SPD-geführte Landesregierungen
2. SPD, Grüne und SSW wollen an Gymnasien mehr Stellen streichen
3. CDU fordert zügige Klärung der offenen Fragen um Bad-Bramstedter Schlachthof
4. Schöner Rechnen mit der Grünen Finanzministerin
5. 90 Prozent der Gemeinschaftsschuloberstufen ohne Sprachprofil
6. CDU-Landtagsabgeordnete besuchen Eider-Treene-Sorge GmbH
7. CDU fordert Ende der Pläne für Fährverbindung Brunsbüttel-Cuxhaven
8. Noch mehr Schließungen von Geburtsstationen im Land befürchtet
9. Integrationspolitische Sprechertagung in Stuttgart
10. Kabinett will Einheitslehrausbildung auf den Weg bringen

14.03.2014

**Norddeutsche CDU-Fraktionschefs stellen Forderungen an SPD-geführte Landesregierungen  
"Glückstädter Erklärung" verabschiedet**



CDU-Fraktionsvorsitzende der norddeutschen Länder in Glückstadt

Auf Einladung von Johannes Callsen trafen sich am Montag (10. März 2014) die norddeutschen CDU-Fraktionschefs im schleswig-holsteinischen Glückstadt, um über gemeinsame Positionen

zu beraten. Die Themen Länderfinanzausgleich, Verkehr und Windenergie standen auf der Tagesordnung ganz weit oben. Ergebnis der eintägigen Tagung war die Verabschiedung der „Glückstädter Erklärung“, in der die fünf Fraktionsvorsitzenden gemeinsame Grundsätze und Kernforderungen an die SPD-Landesregierungen und an die Bundesregierung festhielten.

„Es gibt viele gemeinsame Interessen unserer fünf Bundesländer. Das betrifft sowohl den Länder-Finanzausgleich als auch die Verkehrsinfrastruktur und die Windenergie im Norden“, betonte der schleswig-holsteinische Fraktionschef Johannes Callsen. Es fehle aber derzeit an engen und ernsthaften Abstimmungen zwischen den norddeutschen Ländern.

Die Erklärung im Wortlaut:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/Glueckstaedter\\_Erklaerung.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/Glueckstaedter_Erklaerung.pdf)

Norddeutsche Position zum Länderfinanzausgleich:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/Position\\_Nord-FV\\_LFA.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/Position_Nord-FV_LFA.pdf)

---

### **SPD, Grüne und SSW wollen an Gymnasien mehr Stellen streichen**

#### **Internes Ministeriumspapier liefert andere Zahlen als der Ministeriumssprecher**

Durch den Wegfall der Schullaufbahnpflicht und die Regelung, dass Schrägversetzungen nur noch im Ausnahmefall zulässig sind, muss an den Gymnasien künftig mehr individuelle Förderung geleistet werden. Trotz dieser Zusatzbelastung will Bildungsministerin Wende an den Gymnasien deutlich mehr Stellen reduzieren, als aufgrund des Schülerrückganges zu rechtfertigen wäre. Das geht aus der in dieser Woche bekannt gewordenen Planstellenzuweisung des Ministeriums vom 26. Februar 2014 hervor.

Auf Anfrage des Flensburger Tageblatts sagte ein Sprecher der Bildungsministerin noch an diesem Freitag, an den Gymnasien würden lediglich 135 Stellen abgebaut. „Die mir vorliegenden Unterlagen des Ministeriums nennen 295 Stellen. Da bleiben wir dran“, so CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen. Sie warf Bildungsministerin Wende vor, ihren Kurs gegen die Gymnasien fortzusetzen.

Hier die laut Ministeriumsunterlagen vorgesehenen Stellenstreichungen an Gymnasien – aufgeteilt nach Kreisen und Kreisfreien Städten:

Stadt Flensburg	-12,0
Stadt Kiel	-34,4
Hansestadt Lübeck	-7,9
Stadt Neumünster	-21,1
Kreis Dithmarschen	-12,3
Herzogtum Lauenburg	-11,0
Kreis Nordfriesland	-3,7
Kreis Ostholstein	-8,7
Kreis Pinneberg	-46,1
Kreis Plön	-12,9
Kreis Rendsburg-Eckernförde	-23,2
Kreis Schleswig-Flensburg	-17,4
Kreis Segeberg	-38,2
Kreis Steinburg	-14,1
Kreis Stormarn	-31,9
Gesamt Schleswig-Holstein	-295,0 Stellen

Pressemitteilung noch ohne Zahlen:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-13\\_Heike\\_Franzen\\_4192.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-13_Heike_Franzen_4192.html)

---

### **CDU fordert zügige Klärung der offenen Fragen um Bad-Bramstedter Schlachthof Landwirtschaftsminister und Landrätin bleiben im Ausschuss Antworten schuldig**

In dieser Woche befassten sich der Innen- und Rechts-, sowie der Agrarausschuss mit der von Landwirtschaftsminister Robert Habeck angeordneten Schließung des Schlachthofes Bad Bramstedt. Ein Teil der Sitzung war nicht öffentlich. Etwa 90 Minuten stellte die Staatsanwaltschaft den Abgeordneten ihre Erkenntnisse vor. „Es ist völlig klar, dass die Einhaltung von Hygiene- und Tierschutzbestimmungen in einem Schlachtbetrieb an erster Stelle stehen muss. Was wir heute gehört haben, war schon erschreckend“, erklärte CDU-Agrarexperte Heiner Rickers im Anschluss an die Sitzung.

Allerdings blieben auch nach der Sitzung Fragen offen. So sei bislang nicht geklärt, weshalb es völlig unterschiedliche Bewertungen der Fachaufsicht des Kreises und des Landes gegeben habe. „Ganz offensichtlich hat es zwischen der Kreis- und der Landesaufsicht gewaltig gehakt. Das muss aufgeklärt und verbessert werden“, forderte Rickers.

Sowohl die Mitarbeiter, als auch die Landwirte und Zulieferer bräuchten Klarheit darüber, wann der Betrieb unter Einhaltung der Vorgaben der Tierschutz- und Hygienebestimmungen wieder aufgenommen werde.

„Auch hier ist Habeck in der Pflicht“, so Rickers.

---

### **Schöner Rechnen mit der Grünen Finanzministerin SPD, Grüne und SSW setzen auf Änderung von Berechnungsmethoden statt Ausgabenkürzungen**

SPD, Grüne und SSW versuchen offensichtlich, Ausgabenkürzungen ab dem Haushaltsjahr 2015 vollständig zu vermeiden. Den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen wurde in dieser Woche ein „neues Verfahren“ zur Berechnung der zu erwartenden Steuereinnahmen vorgestellt.

Durch den Methodenwechsel könnten strukturelle Mehreinnahmen von 600 Millionen Euro im Jahr 2020 errechnet werden. Damit würde das für die Einhaltung der Schuldenbremse wichtige „strukturelle Defizit“ – also der Unterschied zwischen langfristigen Einnahmen und langfristigen Ausgaben – rechnerisch ohne jede Ausgabenkürzung abgebaut.

Was hat die Regierung vor? Bislang wird der Trendverlauf aus den tatsächlich eingetretenen Steuereinnahmen der vergangenen 20 Jahre abgeleitet. Finanzministerin Heinold will nun die höchst unsicheren Schätzungen und Projektionen für die kommenden zehn Jahre einbeziehen.

Damit würden beim Trendsteuerpfad Wachstumsraten von 4 und mehr Prozent in den kommenden Jahren möglich. Nach der alten Methode wird von 2,6 Prozent ausgegangen.

„Offenbar hat die Finanzministerin endgültig dem Druck ihrer Kollegen nachgegeben. Mit diesem Etikettenschwindel verliert Monika Heinold jede Glaubwürdigkeit. Sie erteilt die Lizenz zum Geldausgeben“, erklärte dazu CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch.

---

## **90 Prozent der Gemeinschaftsschuloberstufen ohne Sprachprofil Nur vier von 40 erfüllen Mindestvoraussetzungen für Oberstufen**

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag hatte angesichts der Gründung zahlreicher Kleinstoberstufen an Gemeinschaftsschulen schon lange vor einem Verlust an Bildungsqualität gewarnt. Diese Warnung bestätigt sich jetzt. 36 von 40 Oberstufen an Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein fehlt das in der Oberstufenverordnung vorgeschriebene sprachliche Profil.

90 Prozent der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen halten damit nicht die zwischen den Bundesländern vereinbarten Mindestanforderungen ein. Danach müssen entweder Deutsch oder eine Fremdsprache, oder Mathematik oder eine Naturwissenschaft mit „erhöhtem Anforderungsniveau“ unterrichtet werden.

Die CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen wies vor diesem Hintergrund einen Vorschlag aus den Regierungsfractionen zurück, die Verordnung zu ändern.

„Das könnte SPD, Grünen und SSW so passen, mit einem Federstrich ihr Pseudoabitur zu genehmigen. Dazu müsste Schleswig-Holstein erst einmal die Vereinbarung der KMK aufkündigen“, so Franzen.

Link zur Pressemitteilung:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-12\\_Heike\\_Franzen\\_4190.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-12_Heike_Franzen_4190.html)

Link zur KMK-Vereinbarung:

[http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/1972/1972\\_07\\_07-Vereinbarung-Gestaltung-Sek2.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1972/1972_07_07-Vereinbarung-Gestaltung-Sek2.pdf)

---

## **CDU-Landtagsabgeordnete besuchen Eider-Treene-Sorge GmbH Kommende EU-Förderperiode Herausforderung für die Region**

Die CDU-Fraktionsarbeitskreise Europa und Agrar und Umwelt informierten sich am Dienstag dieser Woche bei der Eider-Treene-Sorge GmbH über EU-Förderprogramme und die Arbeit der GmbH in der Regionalentwicklung.

Die Eider-Treene-Sorge GmbH konnte in der letzten Förderperiode von 2007-2013 mit den beiden Aktiv-Regionen Eider-Treene-Sorge und Südliches Nordfriesland Fördermittel von über 9,6 Mio. € in die Regionen holen und löste damit eine Gesamtinvestition von über 22,1 Mio. € aus.

Mit dem Ende der letzten Förderperiode stehen die Aktiv-Regionen in Schleswig-Holstein vor der Herausforderung, sich mit Integrierten Entwicklungsstrategien (IES) für die neue Förderperiode zu bewerben.

„Hier besteht noch weiterer Klärungsbedarf in vielen Detailfragen. Darum werden wir uns kümmern“, versprach die europapolitische Sprecherin Astrid Damerow.

Die Landtagsabgeordneten waren besonders beeindruckt von der Zusammenarbeit der acht Ämter der Flusslandschaft und dem fachlichen Know-How, das die Eider-Treene-Sorge GmbH bereithält.



CDU-Abgeordnete bei der Eider-Treene-Sorge GmbH

---

### **CDU fordert Ende der Pläne für Fährverbindung Brunsbüttel-Cuxhaven Fertigstellung der A20 hat oberste Priorität**

In dieser Woche wurden Pläne der niedersächsischen Landesregierung bekannt, eine Fährverbindung zwischen den Städten Brunsbüttel und Cuxhaven zu unterstützen. Auch Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Meyer begrüßte das Vorhaben. Im Gegensatz zu seinem niedersächsischen Kollegen ist er jedoch nicht bereit, es finanziell zu unterstützen.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, forderte beide Landesregierungen auf, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.

„Die Fährverbindung zwischen Cuxhaven und Brunsbüttel ist ein toter Gaul-schnell absteigen“, erklärte er in Kiel. Die Speditionsunternehmen würden diese Linie im Übrigen nicht fordern.

Arp zeigte sich mehr als verwundert, dass die niedersächsische Staatssekretärin staatliche Fördermittel für die Fährlinie in Aussicht gestellt hat. „Diese Fähre würde in direkter Konkurrenz zur privat betriebenen Linie Glücksstadt-Wischhaven treten. Deswegen lässt das Beihilferecht eine Förderung überhaupt nicht zu. Eine Staatssekretärin sollte das wissen“, sagte Arp.

Das Vorgehen wecke den Verdacht, dass die rot-grünen Koalitionen in Kiel und Hannover einmal mehr Planung und Bau der A20 mit der festen Elbquerung verzögern wollten.

---

### **Noch mehr Schließungen von Geburtsstationen im Land befürchtet CDU-Fraktion macht sich weiterhin für Hebammen stark**

Diese Woche mussten die Hebammen und werdenden Mütter in Schleswig-Holstein einen weiteren Schlag verkraften. Nach Sylt steht jetzt auch die Oldenburger Geburtsstation vor dem Aus. Ab August soll die Geburtsstation in Eutin die Oldenburger Patienten übernehmen.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann, kritisierte: "Welche Hiobsbotschaft kommt als nächstes, Frau Alheit? Die Ministerin hat - wie schon auf Sylt - völlig versagt".

In der vergangenen Woche habe die Ministerin persönlich das neue Konzept abgesegnet. Die jetzt von allen Seiten genannten Probleme zeigten, dass eine Verlagerung der Geburtshilfe ins nächst größere Klinikum nicht so einfach sei, wie dies letzte Woche dargestellt wurde.

Laut Zeitungsmeldungen hatte das Ministerium noch etwa vier Wochen vor Bekanntwerden der drohenden Schließung der Oldenburger Geburtsstation betont, dass keine weiteren Schließungen geplant seien. Dabei seien schon seit Monaten Geheimgespräche über die Schließung der Geburtshilfe geführt worden.

Link Pressemitteilung:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-11\\_Katja\\_Rathje-Hoffman\\_n\\_4185.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-11_Katja_Rathje-Hoffman_n_4185.html)

---

### **Integrationspolitische Sprechertagung in Stuttgart** **CDU fordert modernes und bedarfsorientiertes Zuwanderungsrecht**

Auf ihrer Frühjahrstagung in Stuttgart haben sich die integrationspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen für ein modernes und bedarfsorientiertes Zuwanderungsrecht ausgesprochen.

„Menschen die zu uns kommen, sollen auch die Möglichkeit erhalten, ihre Fähigkeiten einzubringen und sich hier ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn wir Steuerungsmechanismen haben, die unseren Zuwanderungsbedarf berücksichtigen“, sagte die integrationspolitische Sprecherin der Schleswig-Holsteinischen Fraktion, Astrid Damerow.

Am Ende müssten transparente und chancengerechte Kriterien zur Kontrolle der Zuwanderung stehen. Hierfür sei die Einsetzung einer Zuwanderungskommission auf Ebene des Bundes sinnvoll.



Teilnehmer der Sprechertagung in Stuttgart

---

## **Kabinett will Einheitslehrerausbildung auf den Weg bringen**

### **Günther: Wer die Gymnasiallehrer abschafft, der wird auch die Gymnasien abschaffen**

In dieser Woche wurde bekannt, dass das Kabinett in Kürze die Pläne von Bildungsministerin Wende für eine Einheitslehrerausbildung auf den Weg bringen wird. Damit wird es für die Sekundarstufe unabhängig von der Schulart nur noch eine identische Lehrerausbildung geben.

"Dieses Gesetz ist der entscheidende Schritt zum Einheitslehrer und damit ein weiterer Sargnagel für die Gymnasien in unserem Land. Denn wer die Gymnasiallehrer abschafft, der wird am Ende auch die Gymnasien abschaffen“, sagte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther dazu. Die Lehrerausbildung müsse den Schulstrukturen angepasst werden.

Der CDU-Abgeordnete bemängelte darüber hinaus, dass die Einheitslehrerausbildung künftig an zwei verschiedenen Universitätsstandorten in Kiel und Flensburg stattfinden solle. „Da werden teure Doppelstrukturen aufgebaut, die überhaupt nicht gebraucht werden“, sagte Günther.

Link zur Pressemitteilung:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-12\\_Daniel\\_Guenther\\_4187.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-03-12_Daniel_Guenther_4187.html)

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)